

Informationen aus Land und Kreis

Klimaanpassungsstrategie beschlossen

Um das Land zukunftssicher für die Folgen der Klimakrise aufzustellen, hat die Landesregierung eine umfassende Anpassungsstrategie gegen die Folgen Klimawandels des beschlossen. Sie erfüllt die Vorgaben des Bundesgesetzes zur Klimaanpassung und des Klimaanpassungsgesetzes Nordrhein-Westfalen und unterstützt Kommunen, Unternehmen Bürgerinnen und sowie Bürger dabei, sich gegen die Folgen des Klimawandels zu wappnen und ent-Schutzmaßsprechende nahmen zu ergreifen.

Die Klimaanpassungsstrategie zielt darauf ab, auf die zunehmenden klimatischen Herausforderungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens zu reagieren. Sie umfasst 110 konkrete Maßnahmen zum Schutz der menschlichen Gesundheit, der Umwelt

und der Infrastruktur sowie zur Erhöhung der Lebensqualität für alle Bürgerinnen und Bürger, die bis 2029 umgesetzt werden sollen.

Von der Wasserwirtschaft über die Landwirtschaft und den Katastrophenschutz bis hin zur städtischen Entwicklung berücksichtigt die Strategie in 16 Handlungsfeldern die spezifischen Bedürfnisse und Herausforderungen in Nordrhein-Westfalen. Hierzu zählen unter anderem der Schutz vor Starkregen und Hochwasser, Hitzeschutz, die Förderung einer klimaangepassten Landwirtschaft, der Schutz der Verkehrsinfrastruktur vor Hochwasser und Schwemmmaterial sowie die Förderung von Maßnahmen zur Klimafolgenangeförderten passung im Wohnungsneubau.

Eine detaillierte Übersicht über die Anpassungsstrategie und weitere Informationen finden Sie hier.

Abwehr von Cyberangriffen auf die Wasserwirtschaft

Um die Wasserwirtschaft vor Cyberangriffen zu schützen, ist in Essen ein spezielles Sicherheitszentrum aufgebaut worden. Das Lagezentrum "CyberSec@Wasser" ist rund um die Uhr mit Spezialisten besetzt, die Cyberbedro-

hungen und Auffälligkeiten in den Systemen identifizieren und bewerten. Das neue Zentrum soll damit helfen, eine sichere Wasserversorgung zu gewährleisten.

"CyberSec@Wasser" ist eine Einrichtung des Kompetenz-

Themen dieser Ausgabe:

Finanzpolitische Weichenstellung für die Zukunft	2
Förderprogramm für kom- munale Straßeninfrastruk- tur in NRW	3
Kreisparteitag der CDU Viersen	3
Land weitet Förderung für Bürgerbusse aus	3
Bezirksparteitag der CDU Niederrhein	4
Anhebung der FlüAG-Pau- schalen geplant	4
Individuelle Stärken von Schülern gezielter fördern	4
Tempo beim Bau für eine zukunftsfähige Bundeswehr	5
Energie- und Wärmestrate- gie Nordrhein-Westfalen	5
Grenzland-Konferenz in Krefeld	6
Notruf-App "nora" wieder verfügbar	6
Mehr Schutz für Gerichts- vollzieher	6
Fotowettbewerb "Unsere Heimat NRW"	7
"Digitaler Zwilling" zur Ge-	7

zentrums Digitale Wasserwirtschaft gemeinnützige GmbH und steht allen Betreibern wasserwirtschaftlicher Infrastruktur in ganz Deutschland zur Verfügung.

Finanzpolitische Weichenstellung für die Zukunft Nordrhein-Westfalens

Am 13. September 2024 hat Finanzminister Marcus Optendrenk den Haushalt 2025 sowie den Nachtragshaushalt 2024 im Landtag Nordrhein-Westfalen eingebracht. Der Etat 2025 hat ein Volumen von 105,5 Milliarden Euro. Die Entwürfe für den Haushalt 2025 und den Nachtragshaushalt 2024 sehen eine klare Prioritätensetzung in den Bereichen Kinder, Bildung, Sicherheit und industrieller Transformation vor.

Mit fast 42 Milliarden Euro und damit 2,7 Milliarden Euro mehr im Vergleich zum Vorjahr erreichen die Aufwendungen für Bildung im kommenden Jahr einen neuen Rekordwert. Die Förderung der frühkindlichen Bildung bleibt ein Schwerpunkt der nordrhein-westfälischen Bildungspolitik.

Im Fokus steht zudem die Schaffung von 50.000 neuen Plätzen und fast 490 neuen Stellen im Offenen Ganztag. Auch die Ausgaben im Bereich der Kinderbildung steigen weiter. Insgesamt werden in den beiden Bereichen Kinderbildung und Offener Ganztag mehr als 500 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt.

Maßnahmen in Folge des Attentats von Solingen zu Sicherheit, Migration und Prävention können sich im Haushaltsplanentwurf 2025 noch nicht niederschlagen. Sie wurden von der Landesregierung am 10. September 2024 beschlossen und werden noch zu Änderungen des Haushaltsentwurfs 2025 führen.

Marcus Optendrenk: "Die Rahmenbedingungen sind schwierig. Trotzdem haben wir geliefert: Wir stellen uns den Herausforderungen und werden unseren strikten Kurs weiter fortsetzen. Verantwortungsvolle Haushaltspolitik bedeutet in Zeiten knapper Kassen auch Sparsamkeit. Mit klaren Prioritäten und großer Ausgabendisziplin schaffen wir Spielräume, um gezielt in die Zukunft zu investieren. Kinder, Bildung, Sicherheit und die industrielle Transformation stehen an erster Stelle. Damit stellen wir sicher, dass der Haushaltsplanentwurf 2025 nachhaltig und generationengerecht ist."

Ein weiterer großer Posten im Landeshaushalt betrifft die Kommunen. Auch sie erhalten mit dem Haushaltsplanentwurf für 2025 und der Finanzplanung für die Folgejahre weitere Planungssicherheit. Mit dem Einstieg des Landes in die Altschul-

denlösung erhalten die Kommunen ab 2025 jährlich 250 Millionen Euro. Der Bund ist nunmehr aufgefordert, sich an einer Altschuldenlösung zu beteiligen.

Marcus Optendrenk: "Mit Leistungen in Höhe von 38 Milliarden Euro geht mehr als jeder dritte Euro aus dem Landeshaushalt an die Gemeinden und Gemeindeverbände."

Die deutsche Volkswirtschaft hinkt im europäischen Veraleich beim Wachstum weiter hinterher. Seit dem 3. Quartal 2021 konnte die deutsche Wirtschaft kein nennenswertes Wachstum mehr er-



zielen. Diese Wachstumsschwäche in Deutschland schlägt sich auch in den Steuereinnahmen nieder: Nordrhein-Westfalen muss für 2024 mit Steuermindereinnahmen von rund 1,2 Milliarden Euro und in 2025 von rund 1,3 Milliarden Euro gegenüber der bisherigen Finanzplanung rechnen.

Daneben belasten den Haushalt bereits die so genannten Entlastungspakete des Bundes im Volumen von 4 Milliarden Euro zur Finanzierung steuerlicher Entlastungsmaßnahmen sowie die dauerhaften Mehrausgaben für Wohngeld plus und das Deutschland-Ticket .

Marcus Optendrenk: "Obwohl die Verantwortung für die Wirtschafts- und Konjunkturpolitik in Deutschland allein dem Bund zufällt, sollen Länder und Kommunen die teuren Konjunkturprogramme des Bundes über Steuermindereinnahmen in erheblichem Maße mitfinanzieren. Mir scheint, in Berlin konzentriert man sich mittlerweile so aufs "Bestellen", dass man das "Bezahlen" ganz vergessen hat."

Förderprogramm für die kommunale Straßeninfrastruktur in NRW

Für die Unterstützung einer funktionsfähigen Infrastruktur in den Städten und Gemeinden Nordrhein-Westfalens fließen in 2024 rund 132 Millionen Euro in 97 Projekte. Der Schwerpunkt liegt wie in den Vorjahren auf einer nachhaltigen



Straßensanierung: 45 Projekte zielen auf die grundhafte Erneuerung verkehrswichtiger

Straßen ab. Allein in diesen Bereich fließen knapp 32 Millionen Euro, 74 Millionen Euro sind für den Aus- und Umbau verkehrswichtiger Straßen vorgesehen.

Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Verkehrssicherheit, insbesondere für Radfahrende, sowie auf Brückensanierungen und Bahnübergängen. Aufgeführt ist die grundhafte Sanierung oder der ersatzweise Neubau von acht kommunalen Brückenbauwerken. Insgesamt investiert das Land 132,46 Millionen Euro in die Straßenerhaltung und den Ausbau verkehrsrelevanter Abschnitte und leistet damit einen maßgeblichen Beitrag zur Ertüchtigung des Netzes der verkehrswichtigen Straßen in der Baulast der Kreise, Städte und Gemeinden.

Weitere Informationen sowie einen Link zum Programm zur Förderung der kommunalen Straßeninfrastruktur 2024 finden Sie hier.

Kreisparteitag der CDU Viersen

Bürgerhaus in Das Dülken war am 22. September Veranstaltungsort des Kreisparteitags der CDU Viersen, Bennet Gielen, derzeit Erster Beigeordneter der Stadt Kempen, wurde mit 199 von 200 Stimmen zum Landratskandidaten aufgestellt. Martin Plum MdB erhielt bei seiner erneuten Kandi-

at CDU

der der CDU Kreis Viersen: "Ich gratuliere den beiden Kandidaten zu diesem großartigen Ergebnis. Dies ist eine hervorragende Unterstützung für die Aufgaben, die im anstehenden Wahlkampf vor uns liegen."

V.l.n.r.: Guido Görtz MdL, Michael Aach, Heike Höltken, Dr. Stefan Berger MdEP, Bennet Gielen, Peter Fischer, Dr. Martin Plum

MdB, Dr. Henriette Gehse, Dr. Marcus Optendrenk MdL

datur für das Direktmandat 195 von 199 Stimmen. Marcus Optendrenk, Vorsitzen-

Land weitet Förderung für Bürgerbusse aus

Fast 150 Bürgerbusvereine gibt es in Nordrhein-Westfalen. Sie ergänzen den Öffentlichen Personennahverkehr insbesondere in ländlichen Gebieten und städtischen Randlagen, wo ein herkömmliches Angebot aufgrund struktureller Gegebenheiten nicht wirtschaftlich betrieben werden kann.

Das Verkehrsministerium NRW unterstützt die Vereine bislang mit einer jährlichen Organisationspauschale in Höhe von 6.500 bis 7.500 Euro sowie mit Zuwendungen für Fahrzeugbeschaffungen. Seit Anfang des Jahres 2023 fördert das Land auch die Einführung von bedarfsgesteuerten Bürgerbusverkehren. Nun wurde

der Festbetrag für die Organisationskostenpauschale für Vereine mit Zweitfahrzeugen ab die-



sem Jahr für jedes weitere notwendige Fahrzeug um 5.000 Euro erhöht.

So sollen die Vereine mit ihren rund 3.200 ehrenamtlichen Bürgerbusfahrerinnen und Bürgerbusfahrer weiter interstützt werden. Denn sie tragen mit ihrer großen Einsatzbereitschaft nicht nur zur Versorgung mit Mobilität bei, sondern ermöglichen auch soziale Teilhabe.

Bezirksparteitag der CDU Niederrhein

Mehr als 200 Gäste und Delegierte konnte die CDU Niederrhein am 28. September in Mönchengladbach begrüßen. Als Gast hielt der Generalsekretär der CDU Deutschland Carsten Linnemann eine mitreißende Rede zum desolaten Zustand der Bundesregierung und schwor die Gäste auf den anstehenden Bundeswahlkampf ein: "Lasst die Menschen doch einfach mal machen! Wir wollen den Menschen in diesem Land wieder etwas zutrauen". Linnemann nahm sich nach seiner Rede noch viel Zeit, um Fragen der Delegierten und Gäste zu beantworten.

Mit über 97 Prozent wurde Günter Krings als Vorsitzender des CDU-Bezirks Niederrhein, der die Kreisverbände Wesel, Kleve, Viersen, Krefeld, Neuss und Mönchengladbach umfasst, in seinem Amt bestätigt. Marcus Optendrenk wurde ebenfalls mit mehr als 97 Prozent als stellvertretender Vorsitzender wiedergewählt. Marcus Optendrenk: "Ich bedanke mich herzlich



für die Unterstützung. Die gemeinsame Arbeit mit unserem Vorsitzenden Günter Krings ist mir eine große Freude. Insbesondere Hermann Gröhe, der nicht mehr kandidiert hat, danke ich herzlich für die hervorragende Zusammenarbeit über die vielen gemeinsamen Jahre."

Die weiteren Wahlergebnisse und Eindrücke des Parteitags finden Sie <u>hier</u>.

Anhebung der FlüAG-Pauschalen geplant



Im Rahmen einer Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes plant die Landesregierung, die

monatliche personenbezogene Pauschale für die Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten in den Kommunen zu erhöhen. Dadurch erhalten die Kommunen eine deutlich stärkere finanzielle Unterstützung. Die "FlüAG-Pauschalen" sollen um 15,81 Prozent erhöht werden.

Die Erhöhung soll rückwirkend zum 1. Januar 2024 gelten. Im Vergleich zur bisherigen Regelung erhalten die Kommunen dadurch einen Mehrbetrag von mindestens 70,5 Millionen Euro. Pro Person sollen kreisangehörige Gemeinden künftig 1.013 Euro pro Monat (bisher: 875 Euro/Monat) erhalten. Kreisfreie Städte erhalten eine monatliche Pauschale von 1.303 Euro (bisher: 1.125 Euro/Monat). Hintergrund der Erhöhung ist insbesondere die Anpassung an die allgemeine Kostensteigerung in den Bereichen Mieten, Bauen, Energie und Dienstleistungen.

Zudem sollen die 31 Kreise in Nordrhein-Westfalen für ihre Koordinierungs- und Unterstützungsleistungen bei der Betreuung von Geflüchteten eine jährliche Pauschale in Höhe von jeweils 500.000 Euro erhalten. Im vergangenen Jahr 2023 beliefen sich die Landeszuweisungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz auf eine Summe von rund 433 Millionen Euro.

Individuelle Stärken von Schülerinnen und Schülern gezielter fördern

Die nordrhein-westfälischen Schulen können ihren Unterricht künftig noch besser auf die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler zuschneiden. Dafür hat das Landeskabinett eine Änderung des Schulgesetzes auf den Weg gebracht, die am 1. August 2025 in Kraft treten soll.

Kernpunkte der Reform sind eine präzisere Fortbildungsplanung für Lehrerinnen und Lehrer und die gesetzliche Absicherung von Hauptschulbildungsgängen an Realschulen, um ein wohnortnahes vielfältiges Bildungsangebot für alle Kinder und Jugendlichen zu gewährleisten. Zu-

dem werden die Schulen von bürokratischen Aufgaben entlastet.

Darüber hinaus erhalten die lokalen Schulträger die Berechtigung, den Betrieb von bestehenden Primus-Schulen in den kommenden Jahren fortzusetzen. In diesen

werden Schülerinnen und Schüler über die Grundschule hinaus bis Klasse 10 gemeinsam unterrichtet , um auch hier die individuellen Stärken und Schwächen besser zu berücksichtigen.

Detaillierte Informationen gibt es hier.

Tempo beim Bau für eine zukunftsfähige Bundeswehr

Finanzminister Marcus Optendrenk hat am 23. September 2024 in Berlin an der zweiten Fachkonferenz Infrastruktur im Bundesverteidigungsministerium teilgenommen. Dabei stand die Beschleunigung der militärischen Bauvorhaben in Vordergrund, die künftig insbesondere durch eine intensivere Zusammenarbeit mit den Ländern erreicht werden soll.

Marcus Optendrenk: "NRW hat im Bereich Bundesbau bereits einiges auf den Weg gebracht, sich organisatorisch optimal aufgestellt und personell verstärkt. Jetzt kommt es darauf an, dass die zugesagten Gelder aus Berlin rasch fließen, damit aus Ideen Infrastruktur für unsere Truppe wird."



Energie- und Wärmestrategie Nordrhein-Westfalen

Nordrhein-Westfalen will die erste klimaneutrale Industrieregion Europas werden und geht bei der Energie- und Wärmewende voran. Dazu hat die Landesregierung nun eine neue Energie- und Wärmestrategie auf den Weg gebracht.



Sie zeigt auf, wie sich sämtliche Bereiche des Energie- und Wärmesystems in Nord-

rhein-Westfalen bis 2045 entwickeln und liefert dazu rund 100 Maßnahmen. Ziel ist, Nordrhein-Westfalen bis spätestens 2045 klimaneutral aufzustellen und die Energieversorgung unabhängig von fossilen Energieträgern zu sichern.

Konkret soll sich in NRW die installierte Leistung von Wind und Photovoltaik von zuletzt 17 Gigawatt bereits bis zum Jahr 2030 auf mindestens 34 Gigawatt verdoppeln. Zur heimischen Produktion von Wasserstoff sollen bis 2030 Elektrolyseure mit einer Leistung von mindestens einem Gigawatt bereitstehen sowie entsprechende Importinfrastrukturen entstehen. Im Bereich Wärme sollen 30 Prozent der Wärmeversorgung bis 2030 durch erneuerbare Wärmeguellen gedeckt werden.

Eine Übersicht über die zentralen Maßnahmen der Energie- und Energie- und Wärmestrategie NRW finden Sie hier.

Freiflächen-Photovoltaik in NRW kommt voran

Bis Ende August wurden bereits 92 MW Freiflächen-Photovoltaik in NRW installiert; im Vorjahr waren es lediglich 72 MW. Um diese Entwicklung weiter zu unterstützen, hat das Land nun das Förderprogramm "progres.nrw – Klimaschutztechnik" wieder für Freiflächen-PV-Anlagen sowie Floating- und Agri-PV-Anlagen geöffnet, die nicht über das Erneuerbare-Energien-Gesetz gefördert werden. Diese Technologien können große Mengen an klimafreundlichem, erneuerbarem Strom vor Ort erzeugen und so die Strom- und Betriebskosten erheblich senken.

Weitere Informationen zum Förderprogramm und Links zu den Anträgen finden Sie <u>hier</u>.

Grenzland-Konferenz in Krefeld

Am 26. September 2024 fand die diesjähri-Grenzland-Konferenz in Krefeld statt. Gemeinsam mit dem Oberbürgermeister von Krefeld, Frank Meyer, begrüßte Marcus Optendrenk die niederländische Innenministerin Judith Uitermark. der Leitungsrunde wurde die Grenzlandagen-2024-2025 schlossen, in der Bildung, Sprache, Katastrophenschutz und Rettungswesen besondere Bedeutung zukommt. Hier geht es zur Agenda.



Notruf-App "nora" wieder verfügbar



Die bundesweite Notruf-App "nora" steht seit dem 23. September 2024 wieder zum Download im Google Playstore und Apple App-Store bereit. Hohe Missbrauchszahlen des 2021 neu eingeführten Notrufdienstes Deutschland hatten im September 2023 dazu geführt, dass neue Nutzerinnen und Nutzer nicht mehr zugelassen werden konnten. sofort haben aber auch

neue Interessierte wieder die Möglichkeit, den alternativen Notruf per App zu nutzen. Die Notruf-App wurde angepasst und um Maßnahmen erweitert, die künftig einen Missbrauch verhindern. Das betrifft insbesondere die einmalige Registrierung, die beim ersten Start von "nora" abgeschlossen werden muss. Zudem wurden im Zuge dessen die Nutzungsbedingungen und die Datenschutzerklärung angepasst.

Der Download der "nora" Notruf-App ist kostenlos und für Android im Google Playstore sowie für Apple im App-Store wieder verfügbar. Nutzerinnen und Nutzer, die "nora" bereits installiert hatten, haben bereits ein Update erhalten.

Weitere Informationen, Schritt-für-Schritt-Anleitungen (auch in Deutscher Gebärdensprache) und den Kontakt zum Support finden Sie <u>hier</u>.

Mehr Schutz für Gerichtsvollzieher

In Nordrhein-Westfalen werden Gerichtsvollzieher künftig zu ihrem Schutz nach Schutzwesten nun auch mit Pfefferspray ausgestattet. Dafür hat das Land 900 sogenannte Reizstoffsprühgeräte angeschafft.

Die Gerichtsvollzieher müssen vorab eine Schulung absolvieren, die alle drei Jahre wiederholt werden muss, um die sichere Anwendung des Reizstoffsprühgerätes aufzufrischen beziehungsweise zu vertiefen.



Fotowettbewerb "Unsere Heimat Nordrhein-Westfalen"



In einem gemeinsamen Wettbewerb rufen das Umweltministerium NRW und die Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimatund Kulturpflege Fotografinnen und Fotografen dazu auf, Bilder aus der heimischen Natur einzureichen. Die zwölf Siegerfotos werden prämiert und in einem großformatigen Wandkalender für das Jahr 2026 mit dem Titel "Unsere Heimat – Natur und Landschaft in Nordrhein-Westfalen" veröffentlicht.

Gesucht werden zum Beispiel spannende Tieraufnahmen, stille Pflanzenporträts und malerische Landschaftsbilder aus allen Regionen des Landes. Die eingereichten Motive müssen aus Nordrhein-Westfalen stammen. Die Fotos können ausschließlich digital bis zum 28. August 2025 online eingereicht werden. Die vollständigen Teilnahmebedingungen zum Wettbewerb und den Link zum Online-Upload finden Sie <u>hier</u>.

"Digitaler Zwilling" zur Gefahrenabwehr

Die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr arbeitet künftig mit dem "Digitalen Zwilling". Diese Software bildet ganz Nordrhein-Westfalen dreidimensional ab. Damit können Behörden der Feuerwehr und des Katastrophenschutzes auch aus der Ferne eine reale Einschätzung der Lage vor Ort vornehmen.

Mit digitalen Werkzeugen lassen sich unter anderem Hochwassersituationen oder Rauchentwicklungen simulieren. Per Knopfdruck können in markierten Gebieten betroffene Einrichtungen wie Schulen und Kindergärten sowie Einwohnerzahlen ermittelt werden. Die dritte Dimension ermöglicht auch das schnelle Auffinden geeigneter Rettungspunkte.

Der "Digitale Zwilling Gefahrenabwehr" wurde in einem Gemeinschaftsprojekt zusammen mit dem Geoinformationszen-



(M Foto: © Rico_Loeb - pixabay

trum beim Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) entwickelt. Aktuell ist er nur für Behörden und Organisationen zugänglich, die an das Landesverwaltungsnetz angeschlossen sind und über einen Zugang zum Informationssystem Gefahrenabwehr verfügen. Die Anbindung weiterer Stellen wie zum Beispiel Hilfsorganisationen ist geplant.



Dr. Marcus Optendrenk CDU Kreisverband Viersen Goetersstr. 54, 41747 Viersen

